

„Jugendclub Ups erhalten und stärken“

Einvernehmen im Quartier-Forum Marßel über unterschiedliche Maßnahmen

VON MARTIN THIES

MARSSEL - Einigkeit herrschte im Quartiers-Forum Marßel. Einstimmig verabschiedete die Versammlung einen offenen Brief an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, den Jugendclub Ups zu erhalten und zu stärken. Ferner konnten eine Reihe von Fördermaßnahmen beschlossen werden, die durch die Bewohnerfonds finanziell unterstützt und gefördert werden. Quartiersmanager Marc Vobker eröffnete die gut besuchte Versammlung in der Schule Landskronastraße. Nicole Schöllhammer, Schulleiterin der OS Helsinkistraße, stellte den Inhalt eines offenen Briefes vor. Darin kommt zum Ausdruck, dass mit großer Freude zur Kenntnis genommen wird, dass für die Jugendeinrichtungen als Bestandteil der Offenen Kinder- und Jugendarbeit neue Fachstandards eingeführt werden. Aufgrund verschlechterter Sozialindikatoren und Bevölkerungszahlen werden ab 2027 etwas 600000 Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Doch zugleich hätte man erfahren, dass der Jugendclub Ups „nicht mehr institutionell gefördert werden soll“. Daher wendet sich das Forum „in aller Entschiedenheit gegen ein solches Szenario“, versehen mit der Bitte, „die institutionelle Förderung des Ups sicherzustellen“. Es wäre ratsam, „den Blick für den gesamten Sozialraum Marßel zu weiten und das Quartier zu stärken“. Das bedeute, das Ups mit zwei Stellen abzusichern, ohne die anderen Jugendeinrichtungen in



Alle Projektmittel konnten zügig beschlossen werden. Zustimmung gab es auch für einen offenen Brief an die Sozialsenatorin, in dem sich das Forum für den Jugendclub Ups einsetzt. Foto: th

Lesum und Grambke zu gefährden. Die Gewoba würde schon seit vielen Jahren Sachspenden leisten. Das wäre keine dauerhafte Lösung. Die Gewoba würde sich nicht auf reine Vermieten beschränken. Sie sehe sich in der Pflicht, sich für den Stadtteil einzubringen, so Michael Borau. Ein Treffpunkt für Jugendliche müsse bestehen bleiben. Der Beirat hätte sich wiederholt für die Einrichtung stark gemacht, so Ortsamtsleiter Florian Boehlke. „Wir sind ein WiN-Gebiet, da können wir nicht sagen, da ziehen wir uns zurück.“ Er möchte nicht erleben, dass davon rechtsextremistische Parteien profitieren können. Dies-

bezüglich hatte Florian Boehlke ein Gespräch mit der Sozialsenatorin geführt und darauf hingewiesen, das reine Projektmittel eine gewisse Unsicherheit für den Fortbestand haben, da man zugleich in Konkurrenz zu anderen Einrichtungen trete. Jährlich standen bislang 150000 Euro zur Verfügung. Mit reduzierten Geldern könne das Angebot nicht aufrechterhalten werden. Dazu zähle die pädagogische Arbeit mit Mädchen, die sehr wichtig einzuordnen sei. Geringere finanzielle Mittel bedeuten schlechtere Arbeit für junge Menschen im Quartier. Der stellvertretende Beiratsprecher Martin Hornhues

(CDU) schloss sich an. Im Übrigen mache es Sinn, sich mehr zu Wort zu melden und gegebenenfalls eine Petition in die Bürgerschaft einzureichen, so dass sich die Politik mit der Thematik beschäftigen muss. Werner Müller, der sich seit Jahrzehnten für die Belange Marßels eingesetzt hat, mutmaßte, dass man wohl viel zu brav und bescheiden gewesen sei. Dabei verwies er auf Zahlen aus dem Jahr 2024, dass 2200 Jugendliche unter 20 Jahren in Marßel lebten. Das kleine Jugendhaus, das in die Jahre gekommen sei, werde dringend benötigt. Junge Leute seien eine ernstzunehmende Zielgruppe, die zur Wahl gehe.